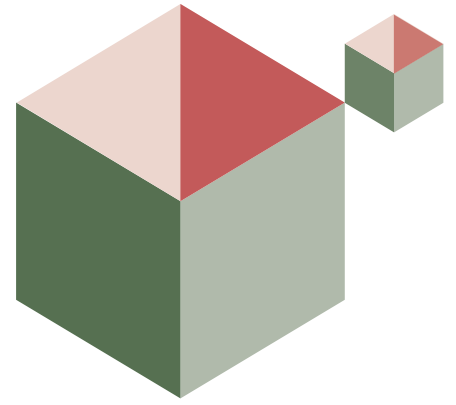


schulbaublatt berlin

Ausgabe 03/04 | September 2023



Ein Zirkular von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
zu Politik und Finanzierung des Berliner Schulbaus

Howoge: 5,6 statt 1,0 Milliarden Euro – hunderte Schulen gehen dafür leer aus



Jetzt neu:
zuzüglich
6,1 Milliarden
Euro Bonus-
Zinsen!

Die vergeudeteten
Milliarden werden
dem Berliner Schulbau
fehlen und die Bezirke
über Jahrzehnte hinaus
belasten.

Foto: iStock/Mikhail Dmitriev

Das hatte niemand erwartet: Statt einer Milliarde Euro geht der Berliner Senat inzwischen von 5,6 Milliarden Euro für die Schulen aus, die die → Howoge Wohnungsbau-gesellschaft mbH bauen beziehungsweise sanieren soll. In der sogenannten Berliner Schulbauoffensive (→ BSO) dient das Einbeziehen der Howoge als Trick zur Bildung eines Schattenhaushalts. Mit der landeseigenen, aber privatrechtlich organisierten Wohnungsbau-gesellschaft kann nämlich die „Schuldenbremse“ umgangen werden. Dazu wird das Eigentum an den Schulen per Erbpacht auf die Howoge übertragen, die Bezirke mieten die Schulen zurück. Die zugehörigen Verträge laufen bis zu 37 Jahre, sind komplex und bergen enorme Risiken.

Der Berliner Landesrechnungshof rügte bereits 2020 die hohen Kosten der Einbindung der Howoge, zudem eine mangelhafte Bedarfsermittlung sowie das völlige Fehlen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Inzwischen sind die Kosten der Howoge im Schulbau explodiert, und das Geld fehlt an anderer Stelle.

Ursprünglich sollte die Howoge für eine Milliarde Euro insgesamt 26.000 Schulplätze bauen beziehungsweise kernsanieren. Damit sollte sie die Kapazität der Berliner Schulen um 4,0 Prozent erhöhen und 2,5 Prozent der Schulplätze vor dem Verfall retten. Heute geht es weiterhin um 26.000 Schulplätze in der Verantwortung der Howoge. Allerdings hat der Senat ge-

► weiter auf Seite 3

Inhalt

| | |
|--|---------|
| Howoge: 5,6 statt 1,0 Milliarden Euro – hunderte Schulen gehen dafür leer aus | 1 / 3–6 |
| Editorial | 2 |
| Petition: Schulbau klappt – aber nicht mit der Howoge! | 7 |
| Die Wahlprogramme von SPD und CDU im Vergleich mit der Koalitionsvereinbarung | 8 |
| Öffentlich-private Partnerschaften im Berliner Schulbau | 10 |
| Leerstand sofort aufheben! | 11 |
| Setzen, Fünf: Berlins Defizite bei Bestandsbauten | 12 |
| Geschwindigkeit der Howoge-Maßnahmen im Schulbau | 15 |
| Masters of Disaster | 16 |
| Eine Transparenzlücke oder eine Wahrnehmungslücke? | 18 |
| Drehscheibe Werneuchener Wiese | 20 |
| Hausmeister Pallupke: Dit is 'n anderet Thema (3) | 21 |
| Aufruf zum bundesweiten Bildungsprotesttag am 23.09.2023 | 22 |
| Glossar | 23 |
| Mitmachen Spenden ... und einpacken | 24 |



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wiederholungswahl im Februar bescherte Berlin einen neuen Senat, einen schwarz-roten. Und nach 27 Jahren in SPD-Hand wechselte das Bildungsressort zur CDU. Wahlprogramme und Koalitionsvereinbarung ließen bei der Einbindung der Howoge in die sogenannte Berliner Schulbauoffensive (→ BSO) keine Einsicht in begangene Fehler erkennen, und damit ist auch keine Umkehr in Sicht. Stattdessen sollen die Finanzmittel zugunsten privater AnlegerInnen verdoppelt werden. Und man will in Sachen Schulbau-Privatisierung noch eins draufsetzen und öffentlich-private Partnerschaften möglich machen (→ ÖPP). Sie werden die Kosten weiter steigen lassen und die Schaffung von Schulplätzen noch mehr verzögern. Ein Grund mehr, unsere Petition an den Senat „Schulbau klappt – aber nicht mit der Howoge!“ zu unterzeichnen (siehe Seite 7).

Die wahnwitzige Kostenexplosion für 26.000 Schulplätze in Howoge-Verantwortung ist mit den allgemeinen Baupreissteigerungen nicht zu erklären. 5,6 Milliarden Euro für sieben Prozent der Schulplätze in Berlin! Die obendrein erst mit Verzögerungen von bis zu zehn Jahren zur Verfügung stehen – Kinder, die 2016 zum Start der Berliner Schulbauoffensive eingeschult wurden, müssen ihre gesamte Schulzeit mit Platzmangel und maroden Gebäuden klarkommen. Nicht nur aus Klimaschutzgründen wäre es sinnvoll, leer stehende Bestandsgebäude wieder zu nutzen, auch als Schulen. Wir zeigen Beispiele, bei denen die Politik dies bisher ignoriert.

Wir werden weiterhin mobil machen, damit der Irrsinn der Verschleuderung der den Schulen gewidmeten Gelder schnellstmöglich beendet wird. In diesem Sinne gehen wir mit vielen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen am bundesweiten Bildungsprotesttag, am 23. September, auf die Straße.

Mit aktivierenden Grüßen

Ihre Arbeitsgemeinschaft Schulbau*

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass die Gesamtkosten für die Einbindung der Howoge nicht 5,6 Milliarden, sondern 11,7 Milliarden Euro betragen werden – es kommen noch 6,1 Milliarden Euro Zinsen hinzu, siehe Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin vom 8. September 2023, rote Nummer 0049C, Seite 8, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-0049.C-v.pdf>. Damit kostet ein Schulplatz pro Monat 1.500 Euro Miete, ein Klassenzimmer 45.000 Euro. Die Mieteinnahmen, die die Howoge im Schulbau verlangt, betragen damit 125 Euro/qm im Monat.

* Die AG Schulbau begleitet seit 2018 als interne Arbeitsgruppe die schulbau- und bildungspolitischen Aktivitäten von GiB. Das **schulbaublatt berlin_sb³** ist seit 2022 das Zirkular der AG. Wir freuen uns über Unterstützung! Bei Interesse an einer Mitarbeit gern melden bei: ag-schulbau@gemeingut.org

Fortsetzung von Seite 1:

rade den zugehörigen Kreditrahmen auf 5,6 Milliarden Euro erhöht. Ein besonders eindrückliches Beispiel für unverhältnismäßig hohe Kosten ist die geplante Integrierte Sekundarschule im Kurt-Schumacher-Quartier. Dort sollte ein Neubau mit 750 Schulplätzen ursprünglich 38 Millionen Euro kosten, inzwischen sind es 234 Millionen Euro. Andernorts in Deutschland würde ein Schulneubau mit vergleichbaren Baustandards und derselben Kapazität circa 30 Millionen Euro kosten. Man könnte dort entsprechend acht Schulen bauen statt einer. Bei den genannten Kosten handelt es sich nur um die derzeitigen Forderungen der Howoge. Bisher hat das Unternehmen noch keine einzige Maßnahme fertiggestellt und abgerechnet, bei 40 von 45 Maßnahmen hat die Howoge noch nicht einmal mit dem Bau begonnen.

Angesichts der absehbaren Kostensteigerungen hatte Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) im März 2023 die beiden Parteien CDU und SPD in einem offenen Brief aufgefordert, die Einbindung der Howoge auf die im Bau befindlichen Projekte zu begrenzen und die Howoge mit sofortiger Wirkung von allen anderen Verträgen zu entbinden.¹ Das ist bisher nicht erfolgt. Die Mehrkosten von bis zu 4,6 Milliarden Euro sind so erheblich, dass es kein blindes Weiter-So mehr geben darf, zumal die gestiegenen Kosten gleichzeitig zu Kürzungen bei den Sanierungen vieler anderer Schulen in Berlin führen. Gemeingut hat jetzt erneut die Daten der Kostenexplosion zusammengestellt und fragt den Senat in einem Schreiben im September diesen Jahres öffentlich, wie er auf die Mehrkosten reagiert. In den nächsten Tagen wird GiB das Schreiben auch dem Landesrechnungshof und den Fraktionen im Abgeordnetenhaus zur Verfügung stellen.²

Kosten der Howoge im Schulneubau

Es gibt schon länger Hinweise auf erhebliche Kostenüberschreitungen durch die Howoge-Maßnahmen im Schulneubau. In seinem Jahresbericht 2020 kritisiert der Berliner Landesrechnungshof, dass der Se-



nat alternative Lösungsmöglichkeiten überhaupt nicht geprüft habe. Unter diesem Aspekt sei die Zuweisung von 1,5 Milliarden Euro als Bauvolumen an die Howoge unter Risikostreuungsaspekten nicht nachvollziehbar. Laut Rechnungshof ist das Modell der Einbindung der Wohnungsbaugesellschaft in die BSO neuartig, komplex, sehr langfristig angelegt und finanziell enorm bedeutsam. Es wird vor Mehrkosten von 5,5 Milliarden Euro gewarnt.

Um Kosten kontrollieren zu können, sind selbstverständlich Zielwerte erforderlich, zum Beispiel Vergleichswerte aus ähnlichen Bauvorhaben. Um sich ein Bild vom Schulbau andernorts zu machen, reiste die damalige Bildungssenatorin, Sandra Scheeres, 2016 nach Hamburg und informierte sich über das dortige Kostenniveau. Demnach baute Hamburg für 2.800 Euro pro Quadratmeter, der Schulplatzbedarf lag bei zwölf Quadratmetern pro Schülerin beziehungsweise Schüler. Damit betragen die Kosten in Hamburg 33.600 Euro pro Schulplatz. Ein ähnlicher Wert ergibt sich, wenn man den Bundesdurchschnitt betrachtet. Mit Daten des Baukosteninformationszentrums (BKI) lässt sich für 2018 ein Durchschnittswert pro Schulplatz inklusive Sporthalle von 34.062 Euro ermitteln. Der Kostenrahmen der BSO wurde 2018 entsprechend auf 33.333 Euro festgesetzt (2,8 Milliarden Euro für 84.000 neue Schulplätze). Zum Schuljahresbeginn 2022/2023

Integrierte Sekundarschule Storkower Straße (11K13)
 Bauherr: Bezirk Lichtenberg
 Schulplätze: 600
 Kosten gesamt: 27,96 Millionen Euro
 Kosten pro Schulplatz: 46.600 Euro
 Eröffnung: 2023
 Foto: Siegrun Bofinger

1 <https://www.gemeingut.org/schulbau-berlin-neue-koalition-soll-howoge-schulbau-stoppen/>

2 <https://www.gemeingut.org/schulprivatisierungsfragenkatalog>

hatte Berlin nach Angaben des Senats 25.000 Schulplätze neu gebaut. Die zugehörigen Kosten betragen 907,7 Millionen Euro, das sind 36.307 Euro pro Schulplatz. Plausible Zielwerte pro neu gebautem Schulplatz zeigt die nachstehende Tabelle.

| | |
|---|-----------------|
| Kostenrahmen pro Schulplatz der Berliner Schulbauoffensive 2018 | 33.333 € |
| Vergleichswert pro neu gebautem Schulplatz in Hamburg 2016 | 33.600 € |
| Bundesdurchschnitt pro Schulplatz inklusive Sporthalle gemäß BKI 2018 | 34.062 € |
| Durchschnitt von 25.000 neugebauten Schulplätzen in Berlin 2022 | 36.307 € |

Von 20 geplanten Howoge-Neubauten sind die erwarteten Kosten bekannt, sie betragen insgesamt 2,064 Milliarden Euro für 16.713 Schulplätze, das sind im Durchschnitt pro Schulplatz 123.513 Euro.³

Indem der Berliner Senat die Howoge-Schulbaukosten nun auf 5,6 Milliarden Euro schätzt, gesteht man eine weitere Kostensteigerung ein. Denn es soll weiterhin um 26.000 Schulplätze gehen. Wie viele der Kosten auf Neubau und wie viele auf Sanierung entfallen, wurde noch nicht bekannt gegeben. Der Gesamtdurchschnitt beträgt:

| | |
|--|------------------|
| Durchschnitt von 26.000 von der Howoge zu bauenden Schulplätzen (Neubau und Sanierung), Stand September 2023 | 215.385 € |
|--|------------------|

Die Kosten, die die Howoge prognostiziert, betragen somit das 3,5- bis 5,9fache der Baukosten. Bezogen auf die 16.713 Schulplätze betragen die Mehrkosten 1,478 Milliarden Euro (Stand Juli 2023) beziehungs-

weise 2,865 Milliarden Euro (Stand September 2023).

Kosten der Howoge in der Schulsanierung

Der Landesrechnungshof warnt 2023 auch vor Risiken durch die Übertragung von Schulsanierungen auf die Howoge:

„Unter Berücksichtigung von Effizienz Gesichtspunkten erschließt sich auch nicht, warum die Senatsverwaltung vorgesehen hat, dass die Wohnungsbaugesellschaft neben Neubauvorhaben auch große Sanierungsmaßnahmen durchführt. Denn bei Letzteren handelt es sich um Baumaßnahmen im Bestand, die vielfach in hohem Maße individualisierte Baulösungen erfordern und sich für ein standardisiertes Vorgehen wenig eignen. Sie setzen die genaue Kenntnis der bezirklichen Schulgebäude voraus. Diese Kenntnisse haben die Bezirksamter bei den von ihnen verwalteten Schulen bereits. Sie bewirtschaften die Gebäude und sind im Regelfall sowohl für Hochbaumaßnahmen als auch für die Bauunterhaltung zuständig. Von der Wohnungsbaugesellschaft müssen diese Kenntnisse jeweils erst erworben werden.“⁴

Bei zehn Howoge-Schulsanierungen kennt man die Kostenprognosen, sie belau-

| | |
|--|-----------------|
| Bundesdurchschnitt pro saniertem Schulplatz gemäß BKI 2022 | 15.430 € |
|--|-----------------|

| | |
|---|-----------------|
| Durchschnitt von 25.000 neugebauten Schulplätzen in Berlin 2022 | 36.307 € |
|---|-----------------|

| | |
|--|-----------------|
| Durchschnitt von 9.708 von der Howoge zu sanierenden Schulplätzen 2022 | 94.467 € |
|--|-----------------|

| | |
|--|------------------|
| Durchschnitt von 26.000 von der Howoge zu bauenden Schulplätzen (Neubau und Sanierung), Stand September 2023 | 215.385 € |
|--|------------------|

³ Senat von Berlin: 8. Maßnahmen- und Controllingbericht vom 25. Juli 2023, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-0999.A-v.pdf>

⁴ Rechnungshof von Berlin: Jahresbericht 2020, S. 86–120, https://www.berlin.de/rechnungshof/_assets/jahresbericht-2020.pdf

fen sich auf 917 Millionen Euro für 9.708 zu sanierende Schulplätze. Damit liegen die Kosten pro Schulplatz bei 94.467 Euro. Im Jahr 2022, für das diese Zahlen angegeben wurden, lagen die durchschnittlichen Kosten pro saniertem Schulplatz gemäß BKI bundesweit bei 15.430 Euro.

Die Kosten, die die Howoge prognostiziert, liegen somit zwischen dem 6fachen und dem 14fachen (!) der Baukosten, die im Bundesdurchschnitt für Schulsanierungen anfallen. Die Mehrkosten gegenüber dem Bundesdurchschnitt betragen insgesamt 807 Millionen Euro (Stand Juli 2023) beziehungsweise 2,0 Milliarden Euro (Stand September 2023).

Vernachlässigte Sanierung andernorts

Laut Prognose der Senatsverwaltung für Bildung besuchen zum Schuljahresbeginn 2023/2024 insgesamt 353.320 Schülerinnen und Schüler insgesamt 645 öffentliche, allgemeinbildende Schulen in Berlin. Von diesen Schulen sind 14 neu errichtet, alle anderen sind mindestens 40 Jahre alt, viele 70 und einige über hundert Jahre. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wurde bei den Bestandsschulen die Instandhaltung im Zuge des Berliner Regierungsmottos „Sparen, bis es quietscht“ vernachlässigt. Offizielle Schätzungen zum Umfang des Sanierungsstaus belaufen sich auf 3,9 bis 4,5 Milliarden Euro.

Die Ausgaben der Schulbauoffensive im Bereich Sanierung lagen bei 2,0 Milliarden Euro, der verbleibende Sanierungsstau beträgt noch 1,9 bis 2,5 Milliarden Euro. Da die Schätzungen auf einem sogenannten Gebäudescan basieren, der bereits sechs Jahre zurückliegt, kann der tatsächliche Umfang der noch abzuarbeitenden Sanierungen auch höher ausfallen. Vor allem nicht behobene Schäden in der Abdichtung gegen das Eindringen von Wasser können in kurzer Zeit erhebliche Folgeschäden verursachen.

Im Zuge verschleppter Sanierungen kam es zum Totalausfall der Anna-Lindh-Schule und des Gymnasiums am Europasportpark. Auch das Umsetzen aller Schülerinnen und Schüler während der Sanierung in soge-

nannte Drehscheiben-Schulen ist eine Folge verschleppter Sanierung. In den betroffenen Schulen sind die Schäden schließlich derart großflächig, dass eine Behebung im laufenden Schulbetrieb unzumutbar ist. Trotz des noch nicht aufgelösten Sanierungsstaus ist der Bereich der Sanierung von Bestandsbauten jenseits der an die Howoge abgegebenen Sanierungen immer wieder von Kürzungen, Planungsunsicherheit infolge Finanzierungsunsicherheit und auch von Planungsstopps betroffen.



Der von Finanzsenator Daniel Wesener für die Investitionsplanung ab 2023 vorgelegte Entwurf sah erhebliche Einschnitte vor. Zurückgestellte Gelder für Planungen führen in den Bezirken zu Verzögerungen bei den Sanierungen. Die Senatsverwaltung für Finanzen argumentierte im Jahr 2022, Sanierungsmaßnahmen würden nur zeitlich einige Jahre nach hinten verschoben. Tatsächlich bedeutet die Verschiebung nicht nur, dass die Schüler und Schülerinnen sowie das Lehrpersonal weiter nahezu untragbare Zustände aushalten müssen. Die Sanierungen werden durch die Verschiebung auch gefährdet, weil Planungen veralten und Auftragnehmer sich anderweitig verpflichten. Im Zuge des Nachtragshaushalts 2022 wurden die Kürzungen abgemildert, aber nicht aufgehoben. Der neu gewählte Senat möchte im Zuge sogenannter pauschaler Minderausgaben im Haushalts-

Gymnasium Allee der Kosmonauten (11Yn01)
Bauherr: Howoge
Schulplätze: 664
Kosten gesamt: 60,984 Millionen Euro
Kosten pro Schulplatz: 91.843 Euro
Eröffnung: 2024

sowie
Integrierte Sekundarschule Allee der Kosmonauten (11kN01)
Bauherr: Howoge
Schulplätze: 900
Kosten gesamt: 84,216 Millionen Euro
Kosten pro Schulplatz: 93.573 Euro
Eröffnung: 2024

Foto: Siegrun Bofinger

Gemeinschaftsschule
Adlershof (09Kn01)
Bauherr: Howoge
Schulplätze: 1.332
Kosten gesamt:
161,1 Millionen Euro
Kosten pro Schulplatz:
120.946 Euro
Eröffnung: 2026
Fotos: Siegrun Bofinger



Gemeinschaftsschule
Waldowallee (11Kn04)
Bauherr: Howoge
Schulplätze: 832
Kosten gesamt:
125,8 Millionen Euro
Kosten pro Schulplatz:
151.202 Euro
Eröffnung: 2030
Foto: Siegrun Bofinger



entwurf 2024/2025 rund 1,4 Milliarden Euro einsparen. Davon wären erneut die Schulsanierungen anteilig betroffen.

Warum will der Senat der Howoge erlauben, Schulen zum Vielfachen des üblichen Preises zu bauen und zu sanieren? Auf diese Weise würden 2,4 Milliarden Euro Mehrkosten an Bauindustrie und Banken gezahlt, denen keinerlei Mehrwert gegenübersteht. Gleichzeitig werden dringend benötigte Schulsanierungen angeblich aus Geldnot gestoppt. Diese Sanierungen würden, sofern sie zeitnah umgesetzt werden, nicht nur Geld sparen, sondern vor allem vielen das Lernen und Lehren erheblich erleichtern. ■ sb³

Die Kürzungen bei den Bezirken im Schulbau, speziell am Beispiel des Bezirks Mitte, zeigt ein Beitrag von Ulrich Scholz auf unserer Website:
www.gemeingut.org/schulprivatisierung-nein-danke/

Petition: Schulbau klappt – aber nicht mit der Howoge!

In der Ausgabe 02 vom **schulbaublatt berlin** forderten wir im Januar dieses Jahres, im Vorfeld der Berliner Wiederholungswahl dazu auf, die folgende Petition zu unterzeichnen. Da sie nach wie vor aktuell und

angesichts der Kostenexplosion (siehe Titelbeitrag auf Seite 1 ff.) umso dringlicher ist, drucken wir den Text hier noch einmal ab und erinnern an das weiterhin mögliche – und zahlreich nötige – Unterzeichnen!

An die neue Landesregierung

In Berlin wurden in den letzten fünf Jahren von den Bezirken und der Landesbauverwaltung 25.000 Schulplätze geschaffen. Die Howoge hat dazu nicht einen Schulplatz beigetragen. Aus diesem Versagen muss gelernt werden! Die Einbindung der Howoge in den Schulbau ist ein Fehler. In den nächsten fünf Jahren werden noch einmal 25.000 neue Schulplätze benötigt. Wenn wir auf die Howoge warten müssen, bleiben die Klassen weiter überfüllt.

Gleichzeitig verfallen Berlins Schulen. Schon jetzt mussten Schulen geschlossen werden, weil sie baufällig oder verschimmelt waren. Die Schülerinnen und Schüler dieser Einrichtungen werden nun kilometerweit durch die Stadt gekarrt, um an unzureichenden Ersatzstandorten ihre Schulzeit zu absolvieren.

Die Howoge hat offengelegt, welche Kosten anfallen werden, wenn das Wohnungsbauunternehmen im Schulbau Sanierungen und Neubau übernehmen soll. Diese Kosten haben es in sich: Sanierungen kosten pro Schulplatz das Fünffache gegenüber dem Bundesdurchschnitt, Neubau das Dreifache. Lässt man die Howoge im Schulbau aktiv werden, würden

dadurch 1,6 Milliarden Euro^{*/**} Mehrkosten anfallen. Wir befürchten aber etwas anderes: Durch die Mehrkosten können zwei Drittel der benötigten Neubauten dann doch nicht realisiert werden, und nur jede fünfte Schule wird am Ende wirklich saniert.

Wir fordern die neue Landesregierung von Berlin auf:

- Sanieren Sie Schulen! Bauen Sie neue Schulen!
- Keine Erbbauverträge zum Schulbau mit der Howoge!
- Das sind wir den Kindern in Berlin schuldig.

PS: Lassen Sie die Howoge Wohnungen bauen.

<https://www.gemeingut.org/petition-unterschreiben-schulbau-klappt-aber-nicht-mit-der-howoge/>



* Aktualisierung I: Mit dem Senatsbeschluss vom 5. September 2023 muss durch die Einbindung der Howoge in den Berliner Schulbau jetzt mit Mehrkosten von 4,6 Milliarden Euro (!) gerechnet werden.

** Aktualisierung II: Mit dem Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin (rote Nummer 0049C) vom 8. September 2023 muss durch die Einbindung der Howoge in den Berliner Schulbau jetzt sogar mit Mehrkosten von 10,7 Milliarden Euro (!) gerechnet werden.

Die Wahlprogramme von SPD und CDU im Vergleich mit der Koalitionsvereinbarung

Vor einer Wahl reden Parteien dem Wahlvolk gern nach dem Munde. In Berlin ist das nicht anders als in anderen Ländern oder auf Bundesebene. Daher lohnt es sich, die Wahlprogramme von CDU und SPD mit ihrem am 26. April beschlossenen Koalitionsvertrag zu vergleichen.



Bash the Bildung in modernden Schulen

Foto: sb³

Aus dem „Berlin-Plan 2021 – 2026“ der CDU Berlin

Schulplatzoffensive: Innovative Wege beim Schulneubau

Wir werden fehlenden Schulplätzen und marode Schulen durch innovativen Schulneubau und effiziente Sanierungsmaßnahmen entgegenreten.

Wir wollen:

- klare Zuständigkeitsregelungen und zeitliche Abläufe zwischen Land und Bezirken schaffen;
- einheitliche und verbindliche Bau-standards einführen;
- Regelwerke entschlacken und Bau- und Planungsprozesse entbürokratisieren;
- die Übertragbarkeit der Mittel zulassen und
- Prämien für schnelles Bauen gewähren

Sonderprogramm Schulsanierung

Wir werden ein Sonderprogramm Schulsanierung auflegen. So werden wir den Sanierungsstau an den Berliner Schulen endlich beenden. Unsere Kinder verdienen eine gute Lernatmosphäre in ansprechenden Räumen. [...]

Sonderbaurecht für den Schulneubau

Unser Ziel ist ein erleichterter und beschleunigter Schulneubau, unter anderem auch in modularer Bauweise. Planungs- und Genehmigungsphasen von Schulneubauvorhaben wollen wir kürzer und effi-

zienter gestalten und zusätzliche Flächen mobilisieren. Hierfür setzen wir uns für ein befristetes Sonderbaurecht für den Schulneubau ein. Auch über eine Anpassung der Landesbauordnung werden wir den Schulneubau erleichtern. Dabei denken wir auch in die Höhe und nicht nur in die Fläche.

Saubere und hygienische Schulen

Sowohl die Unterrichtsräume als auch die Sanitäreinrichtungen der Schulen müssen kurzfristig modernisiert und regelmäßig gewartet werden. Wir werden ein Sanierungsbudget für Schulen bereitstellen und es den Schulleitungen so ermöglichen, eigenverantwortlich vor Ort zu entscheiden, welche Sanierungsmaßnahmen an ihren Schulen besonders notwendig sind. Die Vorgaben für Reinigungsfirmen an den Schulen müssen klar sein, Ausschreibungsverfahren gehören auf den Prüfstand.

Gute Schulhöfe für unsere Berliner Schulen

Wir werden dafür sorgen, dass unsere Berliner Schülerinnen und Schüler ihre Pausen auf vernünftigen Schulhöfen verbringen können. Denn zu einer guten Schule gehört ein angenehmes Schulumfeld. Hierzu richten wir ein „Sonderprogramm Schulhöfe“ ein, das wir finanziell und personell angemessen ausstatten.

Aus dem SPD-Wahlprogramm 2021 – 2026 „Ganz sicher Berlin“, S. 55 ff.

3.1. Baulich intakte Schule

Saubere und baulich intakte Schulen sind eine Grundvoraussetzung für gutes Lernen. Die SPD hat mit der Berliner Schulbauoffensive das größte Investitionsvorhaben des Landes angestoßen und damit die Schulen an die erste Stelle der Investitionsprioritäten gesetzt. Damit werden der

Sanierungsstau an den Schulen abgebaut, neue Schulen errichtet und Mittel für die dauerhafte, bauliche Unterhaltung zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Baumaßnahmen sind bereits realisiert worden und haben zu einer großen Verbesserung der Schulinfrastruktur beigetragen. Daran wollen wir anknüpfen und Neubau, Sanierung und Bauunterhaltung in der kommenden Legislatur konsequent fortführen, damit unsere Schulen für eine moderne und inklusive Pädagogik aufgestellt, nachhaltig baulich intakt und barrierefrei sind. Dazu gehören auch die Ertüchtigung mit leistungsfähigen Internetanschlüssen und der dazugehörigen erforderlichen Technik.

Darüber hinaus werden wir die Berliner Schulreinigung verbessern, sodass ein hoher Reinigungsstandard mit gut bezahlter Arbeit und ausreichendem Reinigungspersonal an allen Schulen gewährleistet werden kann. Wir wollen auch eine enge Bindung der Reinigungskräfte an den Einsatzort erreichen. Dazu werden wir die Berliner Schulreinigung in öffentliche Hand zurückführen. Perspektivisch wollen wir dieses Modell für andere Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Aus dem Koalitionsvertrag 2023 – 2026 von CDU und SPD „Das Beste für Berlin“, S. 39f.

Schule

Wir werden die **Berliner Schulbauoffensive** (BSO) für alle Schularten mit Sanierungs- und Neubaumaßnahmen fortsetzen und beschleunigen und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Wir berücksichtigen bezirkliche Maßnahmen durch gezielte und pauschale Zuweisungen und werden diese verstärken. Die Koalition wird die Investitionsmittel der HOWOGE im Bereich Schulbau und Schulsanierung verdoppeln. Darüber hinaus prüft die Koalition, ob durch Anhebung der Kreditermächtigung der HOWOGE eine Steigerung erreicht werden kann.

Teile der Schulbauoffensive können auch Maßnahmen in öffentlich-privater Partnerschaft sein. Laufende Maßnahmen, für die

bereits Bauplanungsunterlagen aufgestellt sind, sollen beschleunigt werden. Wir streben für eine effiziente Projektdurchführung und hohe Planungssicherheit ein unterbrechungsfreies Planen und Bauen an. Die Koalition entwickelt einen flexibel für verschiedene Schularten nutzbaren Schulbautyp und überprüft die aktuellen Musterraumprogramme. Das berlinweit einheitliche und agile Projektmanagement und -controlling wird ausgebaut. Es werden Kolloquien zur Erarbeitung genehmigungsfähiger Planungsunterlagen unter Beteiligung aller Genehmigungsbehörden eingerichtet. Es werden Verwaltungsvorschriften (zum Beispiel ABau*, LHO**) zur Projektbeschleunigung geprüft und Verfahrensvereinfachungen übertragen. Die Ausstattung der zuständigen Planungs-, Prüf-, Genehmigungs- und Baudienststellen ist im Sinne der unterbrechungsfreien Umsetzung der Projekte zu optimieren. Die Koalition entwickelt das einheitliche Berichtswesen mit allen Akteuren der BSO und veröffentlicht einen transparenten Schulbaufahrplan. Die Taskforce Schulbau wird aufgewertet. Die zentrale Verantwortung für die Umsetzung der BSO auf Landesebene wird gestärkt. Wir prüfen, ob im Rahmen der BSO flexible Sondermittel für temporäre Schulbauten bei kurzfristigen und unvorhergesehenen Bedarfen geschaffen werden können und geeignete Grundstücke identifiziert werden können. Die Koalition wird sich beim Bund für ein Sonderbaurecht für soziale Infrastruktur, wie Schule und Kita, analog zu den bereits bestehenden Sonderregelungen nach BauGB einsetzen. ■ sb³

* ABau: Allgemeine Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins
** LHO: Landeshaushaltsordnung



SPD-Wahlplakat 2021:
„SPD: Für unser Kinder.
Für unsere Stadt.
Ganz sicher Berlin.“
Quelle: <https://spd.berlin>

Öffentlich-private Partnerschaften im Berliner Schulbau

In der Bundesrepublik muss jedes Kind zur Schule gehen. In Berlin funktioniert das nur noch zum Teil. Hier kann dauerhaft mehr als 2.000 Schulpflichtigen kein Schulplatz angeboten werden. Ihre Namen stehen auf Wartelisten, bis ein Schulplatz frei wird, gelegentlich hat auch eine Klage beim Verwaltungsgericht Erfolg. Manche Kinder warten ein Jahr oder länger, weil viele Schulen zu voll sind und zu wenige neu gebaut oder saniert werden.



Integrierte Sekundarschule Wartiner Straße (11K14)
 Bauherr: Bezirk Lichtenberg
 Schulplätze: 725
 Kosten gesamt: 44,78 Millionen Euro
 Kosten pro Schulplatz: 61.766 Euro
 Eröffnung: 2022
 Foto: Siegrun Bofinger

„Teile der Schulbauoffensive können auch Maßnahmen in öffentlich-privater Partnerschaft sein“, heißt es im Koalitionsvertrag für die Jahre 2023 bis 2026 von CDU und SPD. In Berlin soll das wirtschaftliche Eigentum an den Schulgrundstücken an Konzerne übertragen werden, die dort auf eigene Rechnung Schulen bauen. Vorher sichert das Land vertraglich zu, die Schulen so lange zurückzumieten, bis die Investitionen, Kredite, Zinsen und sonstigen Aufwendungen des Konzerns zurückgezahlt sind. Weil private Investoren aufgrund des höheren Kreditausfallrisikos deutlich höhere Zinsen zahlen müssen als öffentliche Schuldner, versucht man das Ausfallrisiko und damit den Zinssatz zu verringern. Dazu dient ein → Einredeverzicht: Das Land bindet sich

vertraglich, die Miete jahrzehntelang auch dann zu zahlen, wenn der private Partner mangelhaft baut oder seine Pflichten auf andere Weise verletzt, wodurch die Investoren zinsgünstigere Kredite aushandeln können.

Solche öffentlich-privaten Partnerschaften (→ ÖPP) wurden seit den frühen 2000er-Jahren in mehreren Bundesländern beim Bau und bei der Unterhaltung von Schulen ausprobiert, erwiesen sich den zuständigen Rechnungshöfen zufolge aber in der Regel als teurer im Vergleich zum öffentlichen Bauen ohne Zwischenschaltung privater Investoren. „Zu niederschmetternd die Kritik, zu verheerend das finanzielle Desaster“, bilanzierte 2017 der Sprecher der Grünen-Fraktion im Kreistag Offenbach, Reimund Butz. Die öffentlich-private Partnerschaft mit dem Hochtief-Konzern wurde dort 2019 wieder aufgegeben. Schlechte Erfahrungen gab es quer durch die ganze Republik, sodass die Berliner Koalitionsparteien nun ein Pferd besteigen wollen, das seit Jahren als tot gilt.

Dafür liegen zwei Gründe auf der Hand. Zum einen hat der rot-grün-rote Berliner Senat den Bau und die größeren Sanierungen aller Oberschulen schon 2018 ins Privatrecht verlagert, für die seitdem die Howoge Wohnungsbaugesellschaft mbH zuständig ist. Anstelle dieser landeseigenen Firma würde nun ein Privatunternehmen in die seit Jahren vorbereiteten Übergabe- und Mietverträge eingesetzt. Da eine lange Mietdauer von 37 Jahren geplant ist, entsteht ein attraktives Anlageprodukt für die private Seite, für Berlin aber ein Milliardengrab. Gemeingut in BürgerInnenhand berechnete aufgrund der 2022 vorliegenden Kalkulationen des Senats Mehrkosten von 1,6 Milliarden Euro¹ für die Neubauten und Sanierungen der Schulen – im Endeffekt zu-lasten des Landeshaushalts.

Ein zweiter Grund des Ausweichens auf öffentlich-private Partnerschaften ist die

1 Anmerkung der Redaktion: Mit dem Senatsbeschluss vom 05.09.2023 muss bei der Einbindung der Howoge in den Berliner Schulbau jetzt mit Mehrkosten von 4,6 Milliarden Euro (!) gerechnet werden.

Leerstand sofort aufheben!

„Schuldenbremse“. Sie schränkt die Kreditaufnahme des Landes so stark ein, dass ein ausgeglichener Landeshaushalt nur vorgelegt werden kann, wenn Teile der Ausgaben in einen Schattenhaushalt verlagert werden, in Berlin eben diejenigen für den Bau und die größeren Sanierungen der Oberschulen. Der finanzielle Zusammenbruch wird hinausgezögert beziehungsweise verschleiert.

Dass Schulbau auch ohne Schattenhaushalt geht, zeigen mehrere Beispiele: Grundschulen werden in Berlin seit 2017 in einem zentralisierten Verfahren in Verantwortung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gebaut, wobei die Bauzeiten erheblich verkürzt worden sind. Ein „Sondervermögen Schulimmobilien Hamburg“ betreibt seit zehn Jahren den Bau und die Unterhaltung der Schulen in der Hansestadt. In Frankfurt am Main ist dafür das Amt für Bau und Immobilien zuständig. Selbst der Bund hat für die Finanzierung der Bundeswehr ein Sondervermögen aufgelegt, um die Schuldenobergrenze einhalten zu können. Solche Finanzierungen im öffentlichen Recht sind nicht nur kostengünstiger, sondern auch transparenter, weil ÖPP-Verträge dem Betriebsgeheimnis unterliegen und selbst von gewählten Volksvertretern nicht eingesehen werden dürfen.

Ohne Widerstand wird das bizarre Vorhaben im Entwurf des Koalitionsvertrags hoffentlich nicht durchgehen. Noch sinnvoller wäre es, das Vorhaben zu kippen. Die linksgrüne Opposition im Abgeordnetenhaus muss im Vorfeld ihre Anfragerrechte nutzen und wenigstens kritische Öffentlichkeit herstellen. ■ *Ulrich Scholz*

Presseerklärung Nr. 40/2023 der GEW-Bezirksleitung Friedrichshain-Kreuzberg vom 12. September 2023

Die Kurt-Held-Grundschule steht leer!

Und das, obwohl berlinweit 20.000 Schulplätze fehlen und 1.100 geflüchtete Schüler*innen auf Wartelisten für Willkommensklassen stehen sowie Ausweichquartiere für Schulen benötigt werden, um dringend notwendige Sanierungsarbeiten an Schulen durchführen zu können.

In der Umgebung der ehemaligen Kurt-Held-Grundschule befinden sich mehrere marode, asbest- und schadstoffbelastete Schulen. In ganz Berlin sind ähnliche Gegebenheiten zu finden.

Wir fordern den Senat auf:

- geschlossene Schulen zu reaktivieren!
- das Recht auf Bildung unverzüglich für alle Schüler*innen zu garantieren,
- für kleinere Klassen Tarifverhandlungen mit der GEW aufzunehmen und
- zügig den Sanierungsstau der Berliner Schulen abzubauen.

Berlinweit wurden über 130 Schulen geschlossen. Die Politik versprach, geschlossene Schulen im Bedarfsfall zu reaktivieren. Dieses Versprechen wurde allzu oft gebrochen. Schulen wurden verkauft, zu Eigentumswohnungen umgewandelt oder anderweitig zweckentfremdet.

Wir weisen mit unserer Aktion* darauf hin:
Schulplätze sind vorhanden!
Holt die Schulen zurück!

* Die GEW hängt an das einem Privatinvestor gehörende Gebäude ein Transparent mit der Aufschrift „Diese Schule steht leer!“.

Setzen, Fünf: Berlins Defizite bei Bestandsbauten

Berlin hat ein Problem mit der Instandsetzung seiner im öffentlichen Eigentum befindlichen Liegenschaften. Besonders Schulbauten sind davon betroffen.

Nicht genug Geld im Haushalt für notwendige Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen landeseigener Liegenschaften – das ist seit Jahrzehnten „Normalzustand“ in Berlin. Eine Lebenskostenanalyse des öffentlichen Gebäudebestandes und der Folgekosten durch unterlassene Instandhaltung beziehungsweise Sanierung wird bisher nicht systematisch angegangen. Sie wäre dringend erforderlich, um Verfall, Leerstand, Kosten für Ersatzliegenschaften et cetera zu beziffern und der Instandsetzung höhere Priorität zu verleihen. Schafft das die neue Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) nun zusammen mit dem frisch ernannten Finanzsenator Stefan Evers (CDU)?

Oberstufen-Schulzentrum Wedding im aktuellen Zustand

Foto: <https://wem-gehoert.berlin/>



1 <https://wem-gehoert.berlin/karte/artikel/putbusser-strasse-12-13355-berlin>

2 <https://wem-gehoert.berlin/karte/artikel/guineastrasse-17-18-13351-berlin>

Zwei denkmalgeschützte Schulen und ein denkmalgeschützter potentieller Schulstandort verfallen beispielsweise im Bezirk Mitte vor den Augen der entsetzten Eltern und der Nachbarschaft.

Erstes Beispiel: In der Ankündigung einer Veranstaltung der gemeinsam vom Landesdenkmalamt Berlin und der Architektenkammer Berlin durchgeführten Gesprächsreihe „Jung, aber Denkmal“ hieß es im Mai 2022 über das ehemalige Diesterweg-Gymnasium im Wedding: „Das knallorangene Oberstufen-Schulzentrum in der Swinemünder Straße im Wedding zieht mit seiner auffälligen orangefarbenen Fassade, abgerundeten Paneelen im Stil der Pop-Art und einer lebhaften Gliederung der großen Anlage zu Recht die Blicke von Passant*innen auf sich. Der zwischen 1974 und 1976 von Hans-Joachim Pysall, Uwe Jensen und Peter Stahrenberg errichtete Schulbau agierte als Pilotprojekt für die Westberliner ‚reformierte Oberstufe‘ und war Vorbild für viele weitere Schulkomplexe in der Hauptstadt. Seit 2019 steht der Bau des ehemaligen Diesterweg-Gymnasiums unter Denkmalschutz, doch steht das Gebäude seit langen Jahren leer und harrt einer neuen Nutzung.“¹

Im Rahmen einer Förderung der Getty Foundation wird nun unter Federführung der Technischen Universität Berlin ein umfassendes Denkmalschutzkonzept für das Oberstufen-Schulzentrum erarbeitet.² Aber kommt das nicht zu spät für eine Schule, die seit 2011 leer steht und vom Bezirk Mitte nicht mehr instand gehalten wird? 2018 wurde meterhoch stehendes Wasser aus der Sporthalle abgepumpt. Dass auch das Schulgebäude geflutet war, habe man erst später festgestellt, so der damals verantwortliche Schulstadtrat Carsten Spallek (CDU). Seitdem dümpelt das denkmalgeschützte Gebäude unbeachtet vor sich hin, der Schimmel kann ungehindert wachsen.

Zweites Beispiel: Von 1955 bis 1959 wurden die Rehberge-Grundschule und die Goethepark-Grundschule mit Hausmeisterwohnhaus und Schulkindergarten vom Hochbauamt Wedding erbaut und inzwi-

schen in die Denkmalliste Berlin aufgenommen. Es ist eine sensibel gestaltete, 2006 zur Anna-Lindh-Schule fusionierte Schulanlage, der man den jahrzehntelangen Instandhaltungsrückstau leidvoll ansieht. Auf der Startseite des Webauftritts der Schule prangte im Oktober 2022 folgende Mitteilung: „Sperrung des Hauptgebäudes. Das gesamte Hauptgebäude wurde vom Gesundheitsamt nicht mehr für den Unterricht freigegeben und darf ab sofort nicht mehr betreten werden!“³

Seit dem 28. August 2023 findet der Unterrichts- und Hortbetrieb im Ausweichgebäude am City Campus Berlin, Haus 1, Saatwinkler Damm 42 statt, einer Büroimmobilie, die mal als Sitz der inzwischen pleitegegangenen Fluggesellschaft Air Berlin diente. Ist diese Liegenschaft ein geeignetes Zwischenquartier für Grundschüler*innen aus dem Wedding?

Einem Artikel aus der „Berliner Woche“ vom 21. April 2021 zufolge ist von der Anna-Lindh-Schule „die untere Turnhalle [...] allerdings schon seit 2015 wegen Schimmel gesperrt. Der Hausmeister hatte dort seit 2010 immer wieder Schimmelflecken entdeckt. Der Schimmel sitzt also schon länger im Gemäuer. Der aktuelle Befall wurde laut Hochbauamtsleiterin Claudia Zirra jedoch erst im September 2020 bei Leitungsarbeiten im Keller festgestellt. Trotz Akutmaßnahmen breitete sich der Schimmel von dort offenbar ins Erdgeschoss aus. [...] Zwölf Klassen, rund 250 Schüler, mussten somit nach den Osterferien ungeplant zu Hause bleiben.“

Einem Artikel aus der „Berliner Zeitung“ vom 20. Dezember 2022 zufolge kommt der zuständige Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) mehr als zwei Jahre später zu folgendem Schluss: „Der Bezirk Mitte will die denkmalgeschützte Anna-Lindh-Schule in der Guineastraße im Afrikanischen Viertel in Wedding abreißen lassen. Ein entsprechender Antrag werde beim Landesdenkmalamt gestellt.“ 6,6 Millionen Euro Miete pro Jahr kosten derweil die Ersatzstandorte auf dem oben genannten City Campus.

Als „feuchten Abriss“ könnte man das Vorgehen bezeichnen, wenn es denn irgendeine Strategie im Bezirk Mitte gäbe.

Nachhaltig ist das jedenfalls nicht, wenn man Wasserrohrbrüche nicht mehr zeitnah reparieren lässt und wartet, bis der Schimmel kommt. Vielleicht Vorsatz? Beide Liegenschaften wecken an ihren Standorten Begehrlichkeiten für eine intensivere Bebauung. Soll mit einer systematischen Vernachlässigung denkmalgeschützter Schulen deren Abriss vorbereitet werden? Mit der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand in Sachen Denkmalschutz und Klimaschutz ist es trotz vieler Lippenbekenntnisse bisher offenbar nicht weit her.



Die landeseigene Howoge soll sich zwar neben dem Neubau von Schulen im Rahmen der Schulbauoffensive auch um die großen Sanierungsfälle in den Bezirken kümmern. Aber ähnlich wie in den Bezirken reichen die Mittel und das Personal oft nicht, um den jahrzehntelangen Instandhaltungsrückstau aufzuholen. Und der Bezirk Mitte hat offenbar „vergessen“, seine am schlimmsten vernachlässigten Schulen für die Berliner Schulbauoffensive anzumelden.

Drittes Beispiel: Ein weiterer potentieller Schulstandort steht seit circa 2015 in der Kruppstraße 14 A in Berlin-Moabit leer. Das von 1912 bis 1914 erbaute, heute denkmalgeschützte Gebäude gehört dem Land Berlin und wird von der Berliner Immobilienmanagement GmbH (→ BIM) verwaltet. „Bezirk, BIM und Senatsverwaltung schieben sich seit Jahren gegenseitig die Bälle zu, und es passiert nichts, außer dass Kosten

Aktueller Zustand der Anna-Lindh-Schule

Foto: <https://wem-gehoert.berlin/>

³ <https://wem-gehoert.berlin/karte/artikel/guineastrasse-17-18-13351-berlin>

für Security und Steuern auflaufen und die vielen Parknutzer*innen kopfschüttelnd daran vorbeigehen“, schreibt eine Userin des Leerstandsmelders konsterniert. Im Beitrag wird berichtet, dass es im Jahr 2019 im Rahmen der Schulbauoffensive ein Vergabeverfahren an Architekten gab und dass „im Sinne der Nachhaltigkeit für diesen Schulort eine BNB⁴-Zertifizierung in Silber angestrebt“ wird.⁵

Am 31. Mai 2023 schreibt der „Tagesspiegel“: „Weil die Fristen für die Schaffung von 89 Schulplätzen nicht eingehalten werden, verliert der Bezirk Mitte den Anspruch auf knapp 3,3 Millionen Euro eines Investors.“ Die Groth-Gruppe hatte sich nämlich eigentlich vertraglich verpflichtet, für ihr neues Wohnviertel an der Lehrter Straße die fehlende soziale Infrastruktur finanziell zu kompensieren. Nun schafft es die Verwaltung des Bezirks Mitte nicht, die Gelder abzurufen, und der potentielle Schulstandort an der Kruppstraße 14 A verfällt im achten Jahr.

Potentieller Schulstandort in Moabit: Wohnhäuser für Offiziere und Mannschaften, 1912–14 entworfen von H. Lauenburg und Franz Pomplun

Foto: <https://wem-gehoert.berlin/>



Bestandsbauten haben bisher zu wenig Fürsprecher*innen. Das muss sich dringend ändern, denn die in den Bauten enthaltene „graue Energie“ trägt dazu bei, in Zeiten der Klimakrise weniger neu bauen zu müssen und dadurch mit Ressourcen sparsamer umzugehen sowie weniger CO₂ zu emittieren. Außerdem sind Bestandsgebäude baukulturell identitätsstiftend und erfüllen mit ihren sozialen Möglichkeiten wichtige Ankerfunktionen in ihren Quartieren. Sie

für die nächsten Jahrzehnte zu ertüchtigen und an ihren Standorten behutsam zu ergänzen müsste politische Priorität sein. Der ehemalige Staatssekretär für Verwaltung und Infrastrukturmodernisierung Dr. Frank Nägele stellte 2021 in der Gesprächsreihe „StadtWertSchätzen“ fest: „Wir müssten das Haushaltsrecht so einschränken, dass wir sagen: Für alles, was ihr baut, müsst ihr in einen Fonds einzahlen, und dieser Fonds wird nach dem Life-Cycle-Ansatz bestimmt.“

In Kreisläufen zu denken ist eigentlich selbstverständlich. Deshalb dürfen Kinder, Jugendliche, Lehrkräfte und Eltern nicht mehr länger mit ihren Sorgen und Nöten alleingelassen werden. Unsere Kinder sollten es uns wert sein, dass wir das notwendige Geld für ihr Bildungsumfeld aufbringen und pflegen beziehungsweise ertüchtigen, was schon da ist. ■ *Theresa Keilhacker*

Theresa Keilhacker ist seit Mai 2021 Präsidentin der Architektenkammer Berlin. Sie ist freischaffende Architektin und Mitglied im Netzwerk AfA – Aktiv für Architektur. Seit 1998 gehört sie der Bürogemeinschaft mit Boris Kazanski in Berlin an. Von 2005 bis 2013 war sie Vorsitzende des Ausschusses Nachhaltiges Planen und Bauen der Architektenkammer Berlin, seit 2007 ist sie Mitglied im Rat für Stadtentwicklung. Von Mai 2013 bis April 2017 vertrat sie als Vizepräsidentin die Architektenkammer Berlin und war in dieser Position unter anderem zuständig für Stadtentwicklung und Nachhaltiges Planen und Bauen sowie für den Aufbau und die Pflege internationaler Kontakte. 2014 wurde sie in die Kommission Nachhaltiges Bauen (KNBau) am Umweltbundesamt berufen. Ein Ziel der KNBau ist es, die wissenschaftliche Diskussion zum nachhaltigen Bauen in die Praxis zu bringen. Im März 2022 wurde Theresa Keilhacker von der Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Bettina Jarasch, in den Klimaschutzrat Berlin berufen.

4 BNB: Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen

5 <https://sehw-architektur.de/projekte/alt-und-neu-im-park/>

Geschwindigkeit der Howoge-Maßnahmen im Schulbau

Die Berliner Schulen quellen über. Horträume werden mit Schulklassen belegt, selbst im Keller wird unterrichtet. Beim Schulbau geht es nach jahrelangen Schließungen und Privatisierungen von Schulgebäuden um Geschwindigkeit. Der Anstieg der Schülerzahlen erreicht gerade seinen Höhepunkt: In den Jahren bis 2030 werden viele Schulplätze benötigt, danach sinkt der Bedarf voraussichtlich wieder. Im Jahr 2016 hieß es seitens des Berliner Senats zum Start der Schulbauoffensive, ohne ein eigenes Schulbauunternehmen ginge es mit dem Bauen nicht schnell genug:

„Dazu wird die Koalition unter dem Gesichtspunkt der Beschleunigung eine landeseigene gesellschaftsrechtliche Konstruktion schaffen.“¹

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) wies schon damals darauf hin, dass der Begriff „landeseigen“ darüber hinwegtäuscht, dass es sich dabei um eine Privatisierung des Schulbaus handelt, mit der es sicher nicht schneller gehen werde. Später wurde die Howoge für diese Konstruktion ausgewählt (und nicht die Degewo, Gewobag, ...). Inzwischen übertreffen die Verzögerungen durch dieses Privatisierungsmodell sogar die schlimmsten Voraussagen, auch die von GiB. So sieht die Bilanz in der Beschleunigung von Schulbau durch die Einbindung der Howoge bisher aus:

Finanzvolumen

Im Rahmen der Schulbauoffensive betragen die Ausgaben von 2016 bis 2022 insgesamt 3,789 Milliarden Euro. Mit 112 Millionen Euro betragen die Ausgaben der Howoge lediglich drei Prozent der gesamten Ist-Ausgaben.

Geplante Fertigstellung

Von den elf der Howoge übertragenen Sanierungsmaßnahmen hat das Unternehmen noch keine begonnen. Von den sieben Holzmodul-Schulneubauten, die die Howoge

bauen soll, wurde noch keiner begonnen. Von den 22 für die Howoge vorgesehenen Neubaumaßnahmen haben nur fünf einen Baubeginn bis einschließlich 2023.

| Im Bau befindliche Howoge-Schulen | Baubeginn | Geplante Fertigstellung |
|-----------------------------------|-----------|-------------------------|
| Gymnasium Allee der Kosmonauten | 2021 | 2024 |
| ISS Allee der Kosmonauten | 2021 | 2024 |
| ISS Am breiten Luch | 2022 | 2025 |
| Gemeinschaftsschule Eisenhutweg | 2023 | 2025 |
| ISS Erich-Kästner-Straße | 2023 | 2025 |

Alle anderen Howoge-Projekte starten irgendwann zwischen 2024 bis 2027. Die Neubauprojekte werden (nach offiziellen Angaben!) dementsprechend 2028, 2029 oder 2030 fertig. Die zu sanierenden Schulen können sogar erst 2030, 2031 oder 2032 für den Unterricht übergeben werden.

Ursachen der Verzögerung um zehn Jahre

Wir kommt es zu derart großen Verzögerungen? Zunächst wurde die komplette Legislaturperiode 2016 bis 2021 vom damaligen rot-rot-grünen Senat damit verspielt, die juristische Struktur der komplexen Privatisierung auszuarbeiten. Danach müssen die speziellen Anforderungen je Schule am jeweiligen Standort in einem eigenen Projektvertrag festgelegt werden, dann ist ein Erbbauvertrag abzuschließen, und am Ende muss die Rückmiete durch den Bezirk vertraglich fixiert werden. Wenn die Howoge 40 Schulbauten betreuen soll, benötigt man dafür mindestens 120 Verträge. Gut möglich, dass für die Regelungen zum baulichen Unterhalt und zum Betrieb der Schulen noch einmal weitere 40 Verträge nötig sind. Das alles war und ist juristisch

¹ Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für die Legislaturperiode 2016–2021

sehr komplex. Bis zur Wahl im Jahr 2021 wurde jedenfalls kein einziger Vertrag unterzeichnet. Danach ging es zögerlich los, aber nun erwies sich das rasant steigende Zinsniveau als hinderlich: Jeder Howoge-Schulbau wird privat vorfinanziert. Mit dem Ende der Niedrigzinsphase wurden bereits ausgehandelte Verträge wieder Makulatur.



Gemeinschaftsschule
Waldowallee (11Kn04)
Bauherr: Howoge
Schulplätze: 832
Kosten gesamt: 125,8
Millionen Euro
Kosten pro Schulplatz:
151.202 Euro
Eröffnung: 2030
Foto: Siegrun Bofinger

Alle bisherigen mit der Auslagerung an die Howoge verbundenen Verzögerungen sind somit von der Politik hausgemacht. Sie gehen auf das Konto der maßgeblichen Akteure: Matthias Kollatz, Franziska Giffey, Thorsten Schneider, Sandra Scheeres (alle SPD), Katrin Lompscher und Steffen Zillich (Die Linke) sowie Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen). Wie schnell die Howoge am Ende planen und bauen lässt, steht noch einmal auf einem anderen Blatt. Die Folgen sind jedenfalls schon heute fatal: Kinder, die 2016 – zum Start der Berliner Schulbauoffensive – eingeschult wurden, erleben ihre gesamte Schulzeit in einer Situation von Schulplatzunterversorgung sowie nicht sanierten Schulgebäuden. ■ *Carl Waßmuth*

Masters of Disaster

Die Einbindung der Howoge in den Schulbau Berlins hat sich mit derzeit 4,6 Milliarden Euro Mehrkosten zu einem der größten Bauskandale Deutschlands ausgeweitet. Bei der Kostenexplosion handelt es sich um kein unbestimmtes Versagen, vielmehr gab es AkteurInnen, die gezielt darauf hingearbeitet haben. Einige sind bereits wieder abgetaucht. Ihre Verantwortung bleibt.



Matthias Kollatz, SPD
Wechselte direkt von PricewaterhouseCoopers ins Amt des Finanzsenators. Pate der Schulbauprivatisierung in Berlin. Bluffte 2016 zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen in einem spektakulären Vortrag: Wegen Geldmangel könne man entweder nur die Brücken oder nur die Schulen in Berlin sanieren, nicht beides. Es sei denn ... Ein Jahr später hatte Berlin übrigens Milliardenüberschüsse.

Sandra Scheeres, SPD Langjährige Bildungs- senatorin. Erklärte sich bereit, 2016 die Prognosemethode für Schülerzahlen zu ändern: Plötzlich wurden 30.000 zusätzliche Schulplätze benötigt. Korrigierte sich ein Jahr später, sie hätte sonst tausende Lehrkräfte zusätzlich einstellen müssen. Die Zahl von 2016 blieb aber Basis des Bedarfs für das Schulbauvolumen der Howoge.

Mark Rackles, SPD Spindoktor in der Bildungsverwaltung von → Scheeres. Zuständig für diffizile Antworten. Wurde von Scheeres 2019 gefeuert und heuerte später bei → Remlinger an.



Stefanie Remlinger, B90/Grüne Zeitweise für Bildung zuständige Abgeordnete. Überzeugte ihre Fraktion, dass mit der Einbindung der Howoge alles in Ordnung

sei – weil es auch Schulen aus Holz geben werde. Stieg später zur Stadträtin und zur

Bezirksbürgermeisterin von Mitte auf und bot → Rackles ein neues Zuhause.

Michael Müller, SPD Regierender Bürgermeister und vormaliger Bausenator. Bekam im Wahlkampf 2016 auf dem Parteitag stehende Ovationen für seine Ankündigung, alle Schulen in Berlin zu sanieren. Sorgte dafür, dass der Schulprivatisierungsvorschlag in die Koalitionsverhandlungen kam.



Torsten Schneider, SPD Parlamentarischer Geschäftsführer. Der Mann fürs Grobe in der Fraktion. Zuständig für potentielle Abweicher vom Mainstream.

Franziska Giffey, SPD 2016 Bezirksbürgermeisterin von Neukölln und kurz vor großen Karrieresprüngen. Steht der Immobilienbranche sehr nahe. Brachte die anderen SPD-Bezirksbürgermeister auf Howoge-Linie und diente ihren Bezirk als Dienstleister im Projekt an. Sicherte später als Regierende Bürgermeisterin die nahtlose Fortführung der Schulprivatisierung.

Katrin Lompscher, Die Linke Wurde 2016 Bausenatorin, kommt vom Bau. Hatte die Fachaufsicht über die Howoge. Gab dem Schulbau durch ihre Verwaltung einen Schub, unterzeichnete jedoch auch den Vertrag mit der Howoge. Berief → Schiller als Howoge-Geschäftsführer.



Steffen Zillich, Die Linke Parlamentarischer Geschäftsführer und politischer Zwillings von → Schneider. Zuständig für Abweicher vom Mainstream.

Bernward Kulle Langjähriger Vorstandsvorsitzender der teilprivaten ÖPP AG. Zuvor für das ÖPP-Geschäft bei Hochtief verantwortlich, zuletzt im Vorstand der Hochtief Concessions AG. Beriet im Privatauftrag die Howoge hinsichtlich ihrer Einbindung in den Berliner Schulbau.

Stefanie Frensch Geschäftsführerin der Howoge. Zuvor Arthur Andersen sowie Ernst & Young, dort zuletzt auch Teilhaberin einer



Tochtergesellschaft. Verteidigte das Modell vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Beauftragte → Kulle als Berater. Handelte die Verträge aus und unterzeichnete.

Kündigte kurze Zeit später und wechselte in die Berliner Immobilienwirtschaft.

Ulrich Schiller Howoge-Geschäftsführer, Nachfolger von → Frensch. Zuvor Manager bei Vonovia. Zuständig für Ausschreibung und Vergabe der Schulbau-Aufträge an die Bauindustrie. Könnte erklären, weshalb ein Howoge-Schulplatz ein Vielfaches des Bundesdurchschnitts kostet. Macht es aber nicht, sondern verweist auf allgemeine Baukostensteigerungen. Und kommt bislang damit durch.

Mit der Wiederholungswahl von 2023 kam die Berliner Drehtür wieder in Bewegung. Die nachfolgenden AkteurInnen haben die Einbindung der Howoge nicht erdacht, teilweise sogar kritisiert. Nun sind sie selbst in der Verantwortung und könnten das Abenteuer beenden. Werden sie es tun?

Stefan Evers, CDU Finanzsenator seit 2023. Kann rechnen. Kritisierte die Einbindung der Howoge in den Berliner Schulbau. Entsandte eine Vertreterin in den Aufsichtsrat der Howoge. Verteidigt nun jedoch die Ausweitung des Kreditrahmens für die Howoge. Will Berliner Schulen die Gelder kürzen. Könnte der Howoge die Gelder kürzen.

Manja Schreiner, CDU Verkehrssenatorin seit 2023. Zuvor Geschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau und damit Vertreterin des Mittelstands der regionalen Baufirmen. Kritisierte die Einbindung der Howoge in den Berliner Schulbau: Mittelständler kommen in dem Modell nicht zum Zuge. Könnte nun im Senat ihre Zustimmung zu einer Fortsetzung des Modells verweigern.

Christian Gaebler, SPD Bausenator seit 2023 und Gastwirt seit 2003. Staatssekretär von 2011 bis 2023. Müsste → Schiller von der Howoge kontrollieren und dort Ausgabenorgien unterbinden. Könnte im Senat seine Zustimmung zur Fortsetzung des Modells verweigern. ■ sb³

Alle Fotos in diesem Beitrag: Rolf Zöllner, Anhörung im Abgeordnetenhaus von Berlin, 07.11.2018

Eine Transparenzlücke oder eine Wahrnehmungslücke?

Im Juli 2023 schien die Berliner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Transparenzlücke bei der Berliner Schulbauoffensive entdeckt zu haben. Denn sie stellte mit der Drucksache 19/1089 den Antrag, den Senat aufzufordern, „bis zum 31. Mai 2024 eine digitale Transparenz-Plattform für die Berliner Schulbauoffensive einzurichten“. „Die Plattform soll dabei für jede Maßnahme (Neubau, Erweiterung, Sanierung, Schuldrehscheibe) Informationen zu den geplanten Kosten (inklusive Kostenentwicklung), bisher abgerufenen Mitteln, dem Planungsstatus, dem Projektstatus, den Meilensteinen, den Kapazitätsveränderungen und der Position auf der zwischen Senat und Bezirken geeinten Priorisierungsliste enthalten.“ Außerdem sollen die Angaben quartalsweise aktualisiert werden. Dem Abgeordnetenhaus solle erstmalig zum 31. Oktober 2023 und anschließend halbjährlich berichtet werden.

Begründet wird der Antrag unter anderem damit, dass viele BürgerInnen nicht wüssten, wann welche Schule fertiggestellt wird, wo wann Sanierungen oder Neubauten geplant sind und welche Meilensteine bald erreicht werden.

Bisher nichts zur Kenntnis genommen?

Offenbar mussten die Grünen erst einmal auf die Oppositionsbank geschickt werden, bevor sie die „Komplexität“ des Berliner Schulbaufinanzierungsmodells mit der privaten Howoge entdeckten. Die vielen „Taskforce Schulbau“-Berichte (bis jetzt acht Stück mit jeweils über 900 Seiten) haben sie anscheinend bis jetzt genauso wenig wahrgenommen wie die aktuellen Sachstandsberichte Berliner Schulbauoffensive¹ (bis jetzt vier) oder die Webseite mit Karte² und den Landesbeirat³. Erst recht aber – und das bedauern wir zutiefst – haben sie offensichtlich unsere von Gemeingut in BürgerInnenhand verfassten Studien⁴ entweder vergessen

oder gar nicht gelesen und die mit über 30.000 Unterschriften erkämpfte Anhörung vor dem Abgeordnetenhaus vollkommen verdrängt.

Berliner Parteien haben also nicht so sehr ein Transparenzproblem als vielmehr ein Problem, mit den vorhandenen Fakten sachgerecht und demokratisch umzugehen und sie vor allem erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Die überhebliche Ignoranz der Politik führt dann zu solch absurden Anträgen!

Dass die rot-rot-grüne Koalition mit der Beauftragung der Howoge ein deutschlandweit verantwortungsloses und hochkomplexes Privatisierungs- und Finanzierungsmodell gewählt hat, haben nicht nur wir von Gemeingut in BürgerInnenhand kritisiert, sondern auch der Berliner Rechnungshof. Auch er hat offenbar nur „in den Wind gesprochen“.

Die Folgen bekommen die Berliner Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern und die Lehrkräfte zu spüren, wenn Schulen nicht rechtzeitig saniert, Neubauten nicht fertig oder in die ferne Zukunft verschoben werden.

Vor allem aber lässt das Howoge-Modell, wie vorausgesagt, die Kosten explodieren. Knappes Geld wird dadurch noch knapper, wie wir in dieser Ausgabe zeigen.

Setzt die CDU das privatisierte Finanzierungsmodell fort?

Bedauerlicherweise ist dieses Finanzierungsmodell bisher von der neuen CDU-SPD-Koalition nicht infrage gestellt worden, obwohl Alternativen in anderen Städten vorliegen.

Frankfurt am Main, auf das wir aus gegebenem Anlass immer wieder zurückgreifen, hat mit seinem eigens geschaffenen Amt für Bau und Immobilien (ABI), das inzwischen bei der Bildungsdezernentin angesiedelt ist, all das geschaffen, was die Grünen in Berlin fordern. ■ *Herbert Storn*

1 https://www.berlin.de/schulbau/_assets/service/downloadcenter/berichte-beschluesse/h19-0548-v.pdf?ts=1689933006

2 <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/schulbauoffensive/artikel.613867.php>

3 <https://www.berlin.de/schulbau/akteure/landesbeirat-schulbau/>

4 Beispielsweise: <https://www.gemeingut.org/produkt/schriftliche-stellungnahme-zur-oeffentlichen-anhoerung-des-ausschusses-fuer-bildungjugend-und-familie-des-berliner-abgeordnetenhauses-am-donnerstag-dem-21-juni-2018/>

Frankfurter Modell: Schulsteckbriefe des Amtes für Bau und Immobilien (ABI)

Alle baulichen Maßnahmen an Frankfurter Schulen auf einen Blick

Der Fachbereich 25.2 des Amtes für Bau und Immobilien betreut mit der Abteilung 25.21 Schulen/Kitas insgesamt 174 Schulgebäude im Stadtgebiet von Frankfurt am Main. Das Objektmanagement verantwortet dabei die wirtschaftlich-administrative Steuerung dieser Immobilien. In den Phasen Konzeption, Planung und Baudurchführung übernimmt das Objektmanagement die Bauherrenrolle und bedient sich bei der Umsetzung der Baumaßnahmen der Leistungen des Fachbereichs 25.5 Projektmanagement als Dienstleister.

Einen Überblick über alle Baumaßnahmen an Frankfurter Schulen bieten die aktualisierten Schulsteckbriefe.

Die Steckbriefe erfassen große, umfangreiche Bau- und Sanierungsvorhaben in der Verantwortung des ABI seit 2018. Dazu gehören beispielsweise Neubauten, Anbauten beziehungsweise Erweiterungen, energieeffiziente Sanierungen oder Umbaumaßnahmen am Außengelände. Regelmäßige und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen sind dabei nicht aufgeführt.

Für jede Schule wurde ein eigener Steckbrief erstellt. Die Steckbriefe sind in alphabetischer Reihenfolge nach Schulnamen angeordnet. Für die Angaben der Grunddaten der Schule, wie zum Beispiel die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, wird eine größtmögliche Aktualität angestrebt, Abweichungen und Änderungen können allerdings nicht ausgeschlossen werden. Die derzeit vorliegenden Angaben geben den **Stand von Oktober 2022** wieder und wurden grundsätzlich auf runde Summen aufgerundet. Die Steckbriefe werden kontinuierlich redaktionell überarbeitet und nach Möglichkeit jährlich aktualisiert zur Verfügung gestellt.

In den zurückliegenden knapp zwei Jahren hat das Amt für Bau und Immobilien – trotz großer Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und die Entwicklung der Märkte für Bauleistungen und Materia-

lien – ein hohes Volumen an Leistung und Mitteln in Schulbaumaßnahmen investiert. Ein gutes Beispiel dafür ist der fertige Neubau der IGS Kalbach-Riedberg.

Carlo-Mierendorff-Schule

Gravensteiner Platz 2, 60435 Frankfurt am Main, Preungesheim
Ortsbeirat 10

Schulform: Gesamtschule
Schüler/innen: ca. 740
Zügigkeit: 4
Schulleitung: Frau Schiffer-Brams



Kontakt:

Objektverantwortung: Amt für Bau und Immobilien
25.21.4 Objektbetreuung Ost
Solmsstraße 27-37
60486 Frankfurt am Main

E-Mail-Adresse: team-ost.amt25@stadt-frankfurt.de

| Baumaßnahmen seit 2018 | | |
|---|----------------|---------------------|
| Maßnahme * | Fertigstellung | Kosten brutto (ca.) |
| Neubau Gymnasiale Oberstufe (Teilbetriebnahme zum Schuljahr 2022/23) | 2022/2023 | 35.000.000 € |

**regelmäßige und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen sind nicht explizit aufgeführt*

Zu den größten Investitionen zählten in den Jahren 2021 und 2022 der Neubau der Römerstadtschule mit rund 24 Millionen Euro, die Erweiterung mit Sanierung des Bestandsgebäudes der Mühlbergschule mit 29,7 Millionen Euro und der Neubau der Gymnasialen Oberstufe für die Carlo-Mierendorff-Schule mit 35 Millionen Euro.

Amt für Bau und Immobilien, November 2022

Drehscheibe Werneuchener Wiese

Auf der Werneuchener Wiese am Volkspark Friedrichshain wurde in den vergangenen zwei Jahren eine neue Schule errichtet. Dabei soll es sich jedoch nicht um einen dauerhaften Standort handeln; die Schule dient anderen Schulen, die kernsaniert werden müssen, als Ausweichstandort. In spätestens 15 Jahren soll sie wieder abgebaut werden. Die Bauzeit war kurz, auch wenn die geplante Eröffnung zum Schuljahresbeginn 2023/2024 verpatzt wurde. Die Treppenhäuser sind aus Beton, der Rest ist aus Holz. Wir hätten gern über

diesen Schulbau berichtet, aber leider antwortete der Pankower Schulstadtrat Jörn Pasternack von der CDU auf keines unserer Schreiben. Wir hätten vor Gericht eine Antwort einklagen können, als Vertreter der öffentlichen Schulverwaltung ist Herr Pasternack gegenüber der Presse zur Auskunft verpflichtet. Wir begnügen uns aber zunächst mit dem Abdruck der unbeantworteten Fragen. Wer möchte, kann sich selbst Gedanken machen, warum diese Fragen nicht beantwortet wurden. ■ Carl Waßmuth

Schreiben von GiB
vom 14.08.2023
(erneut am 01.09.2023)
an den Bezirksstadtrat
für Schule, Sport und
Facility Management
von Berlin-Pankow,
Jörn Pasternack (CDU)

Sehr geehrter Herr Pasternack,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir begleiten seit 2016 den Schulbau in Berlin. Im Jahr 2018 haben wir als Volksinitiative „Unsere Schulen“ im Abgeordnetenhaus zu verschiedenen Plänen Stellung genommen. Im Nachgang haben wir zwei Studien veröffentlicht. Seit 2022 geben wir das

Im Vorfeld der kommenden Ausgabe möchten wir Ihnen einige Fragen zur Drehscheibe Werneuchener Wiese stellen.

1. Wird die Schule zum Schuljahresbeginn 2023 in Betrieb genommen?
2. Bisher war die geplante Schülerzahl mit „bis zu 800“ angegeben, wie viele Schulplätze sind tatsächlich entstanden? Wie viele davon werden 2023 belegt?
3. Was hat der Bau der Schule gekostet?
4. Verschiedene in der Nähe befindliche Schulen sollen in den Interimbau ein- und ausziehen, während ihr eigener Schulstandort komplett saniert wird. Welche Schulen sollen das sein?
5. Was hat der Bau der Dreifeld-Sporthalle gekostet?
6. Der Interimbau soll später demontiert, die Module anderswo weiterverwendet werden. Mit welchen Kosten wird für Demontage und Neuaufbau andernorts gerechnet?



Drehscheiben-Schule
an der Werneuchener
Wiese, fotografiert
vom Lenné-Meyer-
Garten aus

Foto: Carl Waßmuth

„schulbaublatt berlin – sb³“ heraus, das sich explizit mit dem Berliner Schulbau befasst. Es gab zwei Ausgaben, zum Schulanfang soll dann die dritte Ausgabe erscheinen.

Über eine zeitnahe Beantwortung unserer Fragen würden wir uns sehr freuen.

Für das Gemeingut-Team grüßt freundlich
Carl Waßmuth

Hausmeister Pallupke: Dit is 'n anderet Thema (3)

Mir stinkt et, aba jewaltig. Nich nur die Politik, die ooch, sowieso. Nee, so richtig, inne Neese, in meen Riechkolben. Den hab' ick voll sozusagen, jestrichen voll, und dit jeden Tach. Wenn ick in die Schulen rinnkomm nämlich. Da stinkt et, falls se dit noch nich wussten. Bei manchen hat et sich ja schon rumjesprochen, aber für die andern ma alle: Der Jestank in unsern Schulen is nich feierlich, dit is mehr wie Belästigung, dit is Jesundheitsschädigung! Also klar, wir Menschen dünsten wat aus, dit is normal. Wenn se U-Bahn fahrn im Sommer, denn riecht et da ooch nich wie auf 'ner Blumenwiese. Aba in die Schulen, dit müsste nich so sein. War ooch nich immer so. Dit is ne moderne Errungenschaft, der Schuleruch in Berlin. Fang wa mal bei die Klos an. Jungsklos, ja. Da meint jeder, da muss et stinken. ABC-Schützen, die könn dit noch nich so richtig. P wie pinkeln und erst recht T wie treffen, dit kommt ja weiter hinten in et Alphabet. Bei manchen sitzt dit inner sechsten noch nich ganz sicher. Aba dit isset nich alleene. Es jibt Klos, da stinkt et ooch nach Pipi, wenn da alle rinnhalten wie die Schützenmeister vom Hellersdorf e. V. Dit kommt nämlich von die alten Anlagen. Die Rohre da drin, dit sind sozusagen Steinrohre. Urinsteinrohre sind dit, da könn'n se Rosenwasser hektoliterweise rinloofen lassen, und denn riecht et immer noch nur nach Pisse.* Sanierung? Fehlanzeige. Da wart'n wa wohl noch bis Sankt Nimmerlein.

Naja, und wenn ick denn uff meene Tour durchs Treppenhaus komme, denn stinkt et da ooch noch. Nach altem Lappen. Ick kann jar nicht sagen, wie oft ick den Putzis schon jesacht hab: Nimm 'nen frischen Lappen, oder wasch ihn wenigstens ma heiß aus. Aber da kann ick jenauso jut 'n Euro inne Parkuhr werfen und der wat erzähl. Det is ja jedes Mal wieda jemand anderet, die ham die Schulreinigung ja privatisiert, die Heinis! Auf so wat muss man erst ma kommen. Jetzt zahlen se in Berlin von die Be-

zirke mehr Jeld für weniger putzen. Hatten die jedacht, private Investoren kriechen hier bei uns inne Ecken und machen sauber? Sauber is bei denen nur die Weste, sag ick euch. Aber dit is 'n anderet Thema.

Aber et stinkt nicht nur uff die Klos und in die Flure. Ooch in manche Klassenzimmer stinkt et. So 'ne Bande Jungs, wenn die inne Pubertät komm'n, ick sag nur: 'n Raubtierkäfig is nischt dajegen. Deo oder so wat kenn'n die nich. Aba is ja nich so schlimm, man kann ja lüften. Musst'n wa ja jetzt sowieso immer üben wejen Corona. „AHA+L“, da stand dit „L“ für Lüften, sozusagen wie: „Aha, jetze muss ma mal wieda Lüften.“ Nur: Mit die Schulbauoffensive, da ham wa jede Menge Bauten bekomm'n, die man jar nicht richtig lüften kann! Diese janzen modernen MEB, also die Modularen Ergänzungsbauten, die sind so modern, da sind schon gleich wieda welche verschimmelt! Die sehen außen schick aus, aba Querlüften is nich.

Det globen se nich? Is aba so. Also 2015, da hat die damalje Senatorin, wie hieß se noch, ejal, jedenfalls hat die 'nen Arbeitskreis Schulraumqualität einberufen. Man kennt dit ja: Wenn de mal nich weiterweißt, denn bilde einen Arbeitskreis. Über 70 Leute kamen da zusammen und haben bunte Bildchen jemalt. Raus kamen denn so Sachen wie „Kompartments“ und „Themeninseln“. Die hatten alle eenen Hass uff die alte Flurschule, Klassenzimmer an Klassenzimmer, det fanden die pädagogisch falsch. Die modernsten Schulen von die ganze Welt sollten wa bekommen. Aba so isset nich jekommen. Wir ham die MEB bekommen, zigtausend neue Schulplätze, allet in Form von MEB. Wir brauchen die Schulplätze ja ooch! Aber die MEB, lieber Arbeitskreis, det ist Doppelflurschule. Klassenzimmer an Klassenzimmer, und zwar uff beeden Seiten vom Flur. Und deswejen jeht dit Lüften nich. Da hätte man extra wat rinbaun müssen, Lüftungstechnik. Aba

* Anmerkung der Redaktion: Eine aktuelle Befragung der German Toilet Organization unter SchülerInnen in Berlin ergab: Knapp die Hälfte der Befragten nutzt die Schultoilette nicht einmal zum Pinkeln oder versucht es zumindest zu vermeiden. Rund ein Viertel der TeilnehmerInnen gab sogar an, immer oder oft weniger zu essen und zu trinken, um nicht aufs Klo gehen zu müssen.

Quelle: RBB-Bericht vom 25.08.2023

dit war denn wohl zu teuer. Vile Leute bedeutet vile Luftfeuchtigkeit, dit weeiß man doch! Wenn man nich lüftet, denn bleibt et feucht, und irjendwann schimmelt et auch. Sehr unjesund, so wat. So ham wa also neue Schulen bekommen, und jetze müssen die schon wieder saniert werden. Manchmal klemmt eener wat unter die Brandschutz-tür, 'n Holzkeil oder so, damit et wenigstens durchs Treppenhaus zieht. Aber da kann ick nich mitjehn, so wat kassier ick gleich wie-da ein. Da muss wat richtijet passieren, da müssen Jebäudetechniker ran. Erstunken is noch keener, heest et, verbrannt sind aba schon welche. So 'ne Brandschutz-tür hat schon ihren tieferen Sinn. Deswejen, liebe Schulbauoffensive: Saniert ma eure Fehlplanungen, aba dalli! ■ *Paul Pallupke**



* Identität ist der Redaktion bekannt

Aufruf zum bundesweiten Bildungspoltesttag am 23.09.2023

Treffpunkt: 11:00 Uhr in Berlin-Mitte, Brandenburger Tor
Abschlusskundgebung: 12:05 Uhr, Rotes Rathaus

Wir appellieren als Lehrkräfte, Erzieher*innen, Schüler*innen, Eltern, Lehramtsstudierende und Wissenschaftler*innen sowie als Gewerkschaften, Bildungsorganisationen und -initiativen an die politischen Entscheidungsträger*innen in Bund und Ländern, jetzt die Weichen für ein gerechtes und inklusives Bildungssystem zu stellen, das auf die Zukunft vorbereitet!

Deshalb stehen wir hinter den vier Forderungen des Appells „Bildungswende JETZT!“:

1. **Sondervermögen Bildung** und ausreichende Finanzierung
2. **Ausbildungsoffensive** für Lehrer*innen und Erzieher*innen
3. Schule **zukunfts-fähig** und **inklusiv** machen
4. Echter **Bildungsgipfel** auf Augenhöhe

Organisator*innen:

Schule muss anders, Teachers for Future Germany, ARGE-SEB (Arbeitsgemeinschaft der Schulelternbeiräte an Gymnasien und integrierten Gesamtschulen in Mainz und Umgebung) und und viele andere lokale Organisationen

www.bildungswende-jetzt.de

BIM

Kurzform für Berliner Immobilienmanagement GmbH. Vom damaligen Finanzsenator Thilo Sarrazin im Jahr 2003 ins Leben gerufen, ist sie als Immobiliendienstleister für das Land Berlin für über 5.000 landeseigene Immobilien verantwortlich. Zum Aufgabenspektrum zählen Vermietung, Bewirtschaftung, Optimierung, Sanierung und Verkauf von Immobilien. Im Rahmen der → BSO soll die BIM Baumaßnahmen für berufliche und zentral verwaltete Schulen übernehmen. Das dafür 2016 vorgesehene Finanzvolumen betrug 500 Millionen Euro.

Einredeverzicht

Die Bezirke leisten gemäß → Rahmenvertrag Einredeverzicht gegenüber den Banken, die der → Howoge für den Schulbau Kredite geben. Einredeverzicht ist typisch für → ÖPP-Verträge. Beim Leisten eines Einredeverzichts erklärt der künftige Mieter, das gemietete Gebäude so zu nehmen, wie er es bekommt – gleichgültig, ob es mängelbehaftet ist oder nicht. Selbstverständlich darf man sich bei geleistetem Einredeverzicht über Mängel beklagen. Es besteht in dem Fall aber nicht mehr die Möglichkeit, deswegen die Miete zu kürzen. Einredeverzicht ist eine absurde Regelung und kommt in Verträgen zwischen privaten Mietern und Vermietern nirgendwo vor. Der Verzicht bedeutet schließlich, sich zur Zahlung einer Leistung bereitzuerklären, ganz unabhängig davon, ob man die Leistung erhält oder nicht. Einredeverzicht gibt es entsprechend nur von der öffentlichen Hand gegenüber privaten Unternehmen im Rahmen von ÖPP. Dort aber regelmäßig (meist vollständig „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ genannt). So zahlte eine Kommune jahrelang weiter für ein ÖPP-Schwimmbad, obwohl es wegen Mängeln bereits geschlossen war. Privaten ÖPP-Partnern hilft der Einredeverzicht, einen Kredit zu erhalten. Oft gibt es in ÖPP-Vorhaben keine Sicherheiten, die über das Einlagekapital der betreffenden GmbH von 25.000 Euro hinausgehen. Ein Einredeverzicht der öffentlichen Hand wird als Sicherheit akzeptiert, die Bank weiß dann: Es gibt

einen Doofen, der den Kredit tilgen wird, egal was passiert. Zuweilen werden auch geringere Kreditzinsen gewährt. Damit kann der Private seine Rendite steigern.

Rahmenvertrag

Herzstück der Schulbauprivatisierung in Berlin. Das Land Berlin schloss mit elf Bezirken und mit der → Howoge im Februar 2019 einen Rahmenvertrag ab. In dem Vertrag erklären sich die Bezirke bereit, der Howoge jegliche Miete für neu gebaute und sanierte Schulen zu zahlen, die die Howoge verlangt („Kostenmiete“). Mit dem Rahmenvertrag wurde der Howoge jedwede Motivation genommen, Kosten gering zu halten. Der Entwurf des Rahmenvertrages wurde der Volksinitiative „Unsere Schulen“ bis zum Vorabend der Anhörung (18:07 Uhr) vorenthalten. Die Volksinitiative hatte damit vor der Anhörung keine Möglichkeit mehr, den Rahmenvertrag juristisch begutachten zu lassen. Ein Eilantrag der Volksinitiative auf Fortsetzung der Anhörung zu einem späteren Zeitpunkt wurde vom Landesverfassungsgericht abgelehnt. Eine spätere juristische Begutachtung ergab: Der Rahmenvertrag beeinträchtigt das Budgetrecht des Parlaments für (mindestens) 25 Jahre. Nur das Abgeordnetenhaus wäre daher berechtigt (und verpflichtet) gewesen, den Rahmenvertrag abzuschließen. Deswegen verstößt der Rahmenvertrag gegen das Gesetz und ist zivilrechtlich (schwebend) unwirksam (§ 134 BGB). Nach der Anhörung, im Dezember 2018, lehnten die Bezirke zunächst ab, den Rahmenvertrag zu unterzeichnen. In einem dem Rahmenvertrag als Vertragsbestandteil beigefügten „Sideletter“ garantierte das Land Berlin den Bezirken, deren Kosten aus dem Rahmenvertrag zu übernehmen. Daraufhin unterschrieben die Bezirke sofort. ■ sb³

Glossar

Bereits erschienen in den Ausgaben 01 und 02:

- BSO
- Howoge
- Erbbaurecht
- ÖPP
- ÖÖP
- Rückmiete

Mitmachen, sb³ verbreiten und für gute Schulen kämpfen

Unsere Arbeitsgemeinschaft Schulbau ist aus dem Berliner Schultisch entstanden. Sie begleitet die Berliner Schulbauoffensive (→ BSO) seit 2016 kritisch und klärt über die Konstruktionsfehler der BSO auf. Wir treffen uns regelmäßig, planen Aktionen und erstellen unter anderem diese Zeitschrift. Wenn Sie mitmachen, einen Beitrag schreiben und mit uns für gute

Schulen kämpfen wollen, melden Sie sich bitte per E-Mail.

Helfen Sie auch mit, das **schulbaublatt berlin** zu verbreiten, geben Sie es an Interessierte weiter. Wenn Sie es abonnieren wollen (kostenlos, auch in größerer Zahl zum Weitergeben), schreiben Sie uns eine E-Mail:

ag-schulbau@gemeingut.org

Unterstützen Sie unsere Initiative mit Ihrer Spende!

Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Schulbau und nicht zuletzt unser **schulbaublatt berlin** sind auf die Unterstützung vieler Spenderinnen und Spender angewiesen. Seien Sie dabei, unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Sie können schnell, sicher und bequem online spenden:

www.gemeingut.org/spenden

Sie können Ihre Spende aber auch direkt auf unser Konto überweisen:

Kontoinhaber:

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.

Bankverbindung: GLS Bank

IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00

BIC: GENODEM1GLS



... und einpacken:

Betreff: Interviewanfrage für das "schulbaublatt berlin"

Datum: 17.08.2023 11:54

Von: Nils.Opfermann(at)senbjf.berlin.de

An: info(at)gemeingut.org

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Senatorin Günther-Wünsch und Staatssekretär Dr. Kühne bedanke ich mich für Ihr Schreiben vom 31. Juli 2023.

Die Senatorin und der Staatssekretär stehen für ein Interview nicht zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Nils Opfermann

Persönlicher Referent des Staatssekretärs für Schulbau und Schuldigitalisierung – StS AS Refenatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Impressum

Das **schulbaublatt berlin** informiert über die Vorgänge und Entwicklungen in und um die Berliner Schulbauoffensive (BSO). Wir schreiben für Schülerinnen, Eltern, LehrerInnen, Bau-Beschäftigte, GewerkschafterInnen sowie deren Organisationen (SVs, BEAs, LEAs, Architekten- und Baukammer, FAG Bau, GEW, ver.di und andere).

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft Schulbau
c/o Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
Telefon: +49 (0)30 37300442
ag-schulbau@gemeingut.org
<https://www.gemeingut.org>

V.i.S.d.P.: Carl Waßmuth
Redaktion:
Siegrun Bofinger, Karl-Heinz Ludwig, Herbert Storn, Carl Waßmuth
Lektorat: Katrin Kusche,
<http://wortformer.de/>
Layout: Sabine Klopffleisch
Foto Seite 22:
iStock/shutswis
Auflage: 500 Exemplare
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 15.09.2023

© Copyright 2023 by Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V. Kein Teil der Publikation darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung von GiB e. V. in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Unterstützt von vielen SpenderInnen und von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt

STIFTUNG 
**MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT**

Zum Download aller sb³-Ausgaben:

